

Kontroversen über Energiepolitik

Brasilien wehrt sich gegen zunehmenden Einfluss von Hugo Chávez

Am 16. und 17. April fand auf der zu Venezuela gehörenden Karibikinsel Margarita der 1. Südamerikanische Energiegipfel statt. Ziel dieses Gipfeltreffens unter dem Motto "Por una unión del Sur – für eine Union des Südens", war eine Abstimmung über das Thema Energiepolitik und die Vereinbarung möglicher Kooperationen in diesem Bereich. Doch neun Staats- und Regierungschefs, und die Außen- und Energieminister der 12 Mitgliedsländer der „Südamerikanischen Gemeinschaft der Nationen“ (CASA) offenbarten mehr Kontroversen als Gemeinsinn beim Thema Energie.

Seit dem letzten CASA-Gipfel im Dezember 2006 bereiteten sechs Arbeitsgruppen den Energiegipfel vor: Petroleum, Gas, Biotreibstoffe, Elektroenergie, alternative Energien sowie Diagnose und Bilanz der Energiepolitiken standen auf der Tagesordnung und nach Möglichkeit sollten neue vertragliche Vereinbarungen zwischen einzelnen Ländern in diesen Bereichen vorbereitet werden. Der gastgebende venezolanische Präsident Chavez hoffte auf Fortschritte bei drei Themen, die von ihm nachdrücklich gefördert werden: die Gründung einer gemeinsamen Organisation der Gasproduzierenden Länder (gemäß des Vorbilds der OPEC der Petroleum produzierenden Länder), der Bau der kontinentalen Gaspipeline, die Venezuela mit Patagonien im Süden Argentiniens verbinden soll, sowie die Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsbank des Südens.

Im Vorfeld des Gipfeltreffens zeichnete sich jedoch bereits ab, dass die brasilianischen Bemühungen zum Ausbau der Alkohol- und

Bioethanolproduktion eines der zentralen Themen des Gipfeltreffens sein würden. Nachdem Präsident Lula da Silva während seines Treffens mit US-Präsident Bush im März eine Zusammenarbeit zwischen Brasilien und den USA im Bereich der Biotreibstoffe vereinbart hatte, wurde der Brasilianer Zielschreiber der Kritik seines venezolanischen Kollegen Hugo Chávez, dem sich auch der kubanische Präsident Fidel Castro von seinem Krankenbett aus anschloss. Chávez und Castro äußerten die Sorge, eine Erhöhung der Produktion von Biotreibstoffen könnte die Produktion von Lebensmitteln beeinträchtigen und dementsprechend weltweit zu einem Anstieg der Preise für Lebensmittel führen. Die brasilianische Regierung wehrte sich energisch gegen diese Behauptung. Chávez betonte deshalb noch vor dem Gipfeltreffen, dass er nicht gegen Brasilien und nicht gegen Lula kämpfen werde. Allerdings bezeichnete er die von George W. Bush in Aussicht gestellte Ersetzung des Petroleums durch Bioalkohol als „Verrücktheit“.

Die Kontroverse zwischen Venezuela und Brasilien über das Thema Biotreibstoffe beherrschte das gesamte Gipfeltreffen und behinderte die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung erheblich. Chavez soll vorgeschlagen haben, in dem Abschlussdokument die Produktion von Biotreibstoffen als mögliche „Gefahr für die Ernährungssicherheit“ und die Landwirtschaft zu bezeichnen. Die brasilianische Delegation lehnte das strikt ab, denn die Alkoholproduktion könne in landwirtschaftlich bisher nicht genutzten Gebieten vorangetrieben werden. Vorrübergehend schien es möglich, dass das Gipfeltreffen ohne eine gemeinsame Abschlusserklärung zu Ende ginge.

Auch hinsichtlich der anderen Themen zeigten sich kontroverse Positionen. Brasilien bekräftigte seine Ablehnung einer gemeinsamen Organisation der Gas produzierenden Länder und lehnte es ab, die im März von Venezuela, Bolivien und Argentinien gegründeten „Organisation der Gas produzierenden und exportierenden Länder“ (Organización de los Países Productores y Exportadores de Gas de América del Sur - Opegasur) im Abschlussdokument des Energiegipfels zu erwähnen.

Auch eine andere Initiative von Hugo Chavez, die er zusammen mit Nestor Kirchner aus Argentinien ins Leben gerufen hatte, fand keine Zustimmung Brasiliens: die gemeinsame Entwicklungsbank des Südens. Der brasilianische Finanzminister Guido Mantega hatte zwar drei Tage vor dem Gipfeltreffen überraschenderweise mitgeteilt, sein Land wolle Mitglied der Bank des Südens werden. Doch während des Gipfeltreffens wurde dem Finanzminister aus der brasilianischen Delegation heraus widersprochen. Mit dem Hinweis, „Brasilien wird nicht das Gericht essen, das andere zubereitet haben“, erklärte Marco Aurélio Garcia, der einflussreiche Berater von Präsident Lula in internationalen Fragen, dass man noch sehr viele Fragen im Hinblick auf die Realisierbarkeit eines solchen Projektes habe und Brasilien die Initiative vorerst nicht fördere. Bisher hatte die brasilianische Regierung mit Hinweis auf die eigene Entwicklungsbank BNDES und die Entwicklungsgesellschaft der Andengemeinschaft CAF jede Teilnahme an dem Projekt abgelehnt, das nach dem Willen von Chávez und Kirchner den Einfluss des Internationalen Währungsfonds in Südamerika begrenzen soll.

Im Hinblick auf den möglichen Bau einer kontinentalen Gaspipeline wurden keine wegweisenden Entscheidungen getroffen. Ob und wie das Projekt verwirklicht wird, bleibt weiter offen.

Wichtigste Vereinbarung des Gipfeltreffens blieb am Ende die Begründung eines „Südamerikanischen Energierates“, der die energiepolitischen Vereinbarungen innerhalb der Region begleiten soll. Außerdem soll ein südamerikanisches Energieabkommen vorbereitet werden. Konkretere Entscheidungen hat der Gipfel nicht getroffen.

Kontroverse mit Bolivien

Am Rande des Gipfeltreffens in Margarita kam es offensichtlich zu einem heftigen, wenig freundschaftlichen Wortwechsel zwischen den Präsidenten Lula und Evo Morales aus Bolivien. In Brasilien hatten sich in jüngster Zeit Meldungen über eine Verschärfung der bolivianischen Haltung im Hinblick auf die Nationalisierung des Energiesektors gehäuft. Es wurde erwartet, dass Morales am 1. Mai, dem Jahrestag seines Nationalisierungsdekrets, eine Enteignung der beiden Raffinerien von Petrobras in Bolivien verkünden werde. Zwar spricht die brasilianische Regierung den Bolivianern das grundsätzliche Recht zur Enteignung nicht ab, verlangt aber eine angemessene Entschädigung. In den letzten Wochen war zu vernehmen, dass Bolivien im Falle einer Enteignung nur den Verkehrswert über 70 Millionen US Dollar für die beiden Raffinerien bezahlen wolle. Petrobras und die brasilianische Regierung verlangen dagegen eine Entschädigung in Höhe des Marktwertes, der auf 170 bis 200 Millionen US Dollar beziffert wird. Auch wenn in offiziellen Kommentaren nicht bestätigt wurde, dass es einen unfreundlichen Wortwechsel zwischen Lula und Morales in Margarita gab, hat der Brasilianer seinem bolivianischen Kollegen anscheinend mit ernsthaften Konsequenzen im Falle einer Enteignung ohne angemessene Entschädigung gedroht. Zudem hat er wohl mit Nachdruck verlangt, dass sich im Falle einer Entschädigung keinesfalls die Bilder des letzten Jahres wiederholen dürften, als bolivianische Truppen zur Bekräftigung des Nationalisierungsdekrets Einrichtungen von Petrobras

besetzten. Das war in Brasilien als tiefe Beleidigung empfunden worden.

Erhöht wurden die brasilianischen Sorgen, als Bolivien am 20. April für zwei Tage die Gaslieferungen nach Brasilien und Argentinien unterbrach. Anlass dafür waren interne Auseinandersetzungen in Bolivien. Oppositionsbewegungen gegen Evo Morales hatten u.a. Einrichtungen der Petrobras besetzt. Erst nach einem Einsatz der Militärs konnten die Pumpstationen wieder ihre normale Arbeit aufnehmen. Diese Episode verstärkte in Brasilien den Eindruck der Abhängigkeit, worauf man in der öffentlichen Wahrnehmung sehr empfindlich reagiert. In den Medien wurde daher laut über die Ersetzung der bolivianischen Gaslieferungen durch den Import von Flüssiggas aus anderen Erdteilen spekuliert. Allerdings gibt es vorerst keine technischen Einrichtungen für den Import, die Umwandlung und Weiterleitung von Gas in größeren Mengen.

Am 1. Mai hat Evo Morales zwar nicht die Enteignung von Raffinerien verkündet, doch er ließ keinen Zweifel daran, dass die beiden Raffinerien von Petrobras in staatlichen Besitz übergehen sollen. Hinsichtlich des Verfahrens betonte er seine Dialogbereitschaft, deutete aber gleichzeitig an, dass man im Falle eines Scheiterns des Dialogs auch zu anderen Maßnahmen greifen könne. Der Präsident von Petrobras gibt sich zwar betont gelassen, doch die brasilianischen Sorgen sind keineswegs ausgeräumt. Aufmerksam wurde zur Kenntnis genommen, dass Bolivien seinen Austritt aus dem Internationalen Zentrum für Streitschlichtung über Investitionen, ein Organ der Weltbank, ankündigte. Petrobras hatte bereits angedeutet, dieses Organ im Falle eines Konflikts mit Bolivien anrufen zu wollen.

Brasilien unter Handlungsdruck

Die Kontroversen während des Energiegipfels und im Verhältnis zu Bolivien zeigen, dass die Aktivitäten und

Initiativen von Hugo Chávez in Südamerika der brasilianischen Außenpolitik zunehmend Unbehagen bereiten. Brasilien muss erhebliche Anstrengungen unternehmen, um seine Positionen zu erläutern. Von einer regionalen Führung kann keine Rede sein. Zwar bezeichnete Lula den Venezolaner während einer kürzlichen Reise nach Chile und Argentinien als „außerordentlichen Verbündeten im Bereich der Politik und des Handels“. Doch nicht zuletzt diese Reise ist von vielen Beobachtern als Ausdruck des Bemühens verstanden worden, die Beziehungen zu den wichtigen Nachbarn im Süden wieder enger zu gestalten und den Einfluss von Chávez besonders in Argentinien einzudämmen.

In Chile, das ohnehin ein eher kritisches Verhältnis zu dem Venezolaner pflegt, haben Lula und seine Kollegin Bachelet u.a. ein Abkommen über die Kooperation im Bereich des Ausbaus von Biotreibstoffen unterzeichnet. In Argentinien ging es Lula offensichtlich darum, wieder einmal das besondere Verhältnis zu dem Nachbarn im Süden zu unterstreichen, das aufgrund des zunehmenden wirtschaftlichen Potentials und Engagements von brasilianischen Firmen am Rio de la Plata und nicht zuletzt auch wegen des Temperaments von Nestor Kirchner häufigen Schwankungen unterworfen ist.

Möglicherweise wird die brasilianische Regierung in den nächsten Monaten einige Initiativen unternehmen, um mehr Zustimmung für eigene Positionen innerhalb Südamerikas zu finden. Denn eine Spaltung des Subkontinents in ein Chávez-Lager (Venezuela, Bolivien, Ecuador, eventuell Argentinien und – je nach Wahlausgang – vielleicht auch Paraguay) und ein „neutrales“ Lager (Brasilien, Kolumbien, Peru, Chile, Uruguay, von einem „Anti-Chavismus“ kann sicher nicht gesprochen werden) würde weder den Interessen Brasiliens noch der gesamten Region entsprechen. Denn auch wenn der Energiegipfel keine sehr konkreten Ergebnisse

hervorbrachte, ist es unübersehbar, dass das Thema Energie neben vielen anderen Themen eigentlich eine engere Kooperation und Integration in Südamerika verlangt.

Weitere Themen im April

Opposition für Abschaffung der Wiederwahl

Über die politische Reform wird in Brasilien weiter diskutiert. Es geht hauptsächlich darum, über Änderungen des Wahl- und Parteienrechts die Parteien zu stärken, die immensen Wahlkampfkosten zu senken, deren Refinanzierung Ursache für Korruption und Misswirtschaft ist, und stabilere Regierungsmehrheiten im Parlament zu erreichen. Die wichtigsten Elemente der Reform sind: die Einführung von geschlossenen Landeslisten, die staatliche Wahlkampffinanzierung und die Erschwerung des häufigen Parteienwechsels. Im Prinzip sind alle politischen Kräfte dafür – doch über das „wie“ der Reform gibt es keine Einigkeit.

Als zusätzliches Thema ist nun die Abschaffung der Wiederwahl auf die politische Agenda gerückt. Erst 1997 war mit einer Verfassungsänderung die einmalige unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten, der Gouverneure und Bürgermeister eingeführt worden. Präsident Cardoso hatte damals die Verfassungsänderung betrieben, um seine Wiederwahl zu ermöglichen. Innerhalb seiner Partei PSDB finden sich heute die wichtigsten Verfechter einer Abschaffung dieser Bestimmung. Dahinter steckt die Sorge, dass der Konflikt um die Präsidentschaftskandidatur die PSDB in weniger als zwei Jahren vor eine schwierige Zerreihsprobe stellen wird. Denn mit den Gouverneuren José Serra (São Paulo) und Aécio Neves (Minas Gerais) hat die PSDB zwei erklärte Kandidaten, die wohl sehr hart um die Präsidentschaftskandidatur ringen werden. Mit dem Verbot der Wiederwahl, so hofft Parteivorsitzender Tasso Jereissati, könnte einer der beiden Kandidaten leicht-

ter zur Zurückstellung seiner Kandidatur bewegt werden. Das gilt vor allem für den jüngeren Aécio Neves. Jereissati hat deshalb in einer Senatskommission bereits eine Verfassungsänderung eingebracht, die dort zunächst auch gebilligt wurde. Offizielle Begründung: jeder gewählte Präsident, Gouverneur und Bürgermeister würde alle Maßnahmen seiner ersten Amtszeit nur dem Ziel seiner Wiederwahl unterordnen; ohne Wiederwahl aber könnten die Amtsträger sich ganz auf die Amtsführung und die Lösung der anstehenden Probleme konzentrieren.

Die Parteien vertreten unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema und in keiner Partei gibt es eine eindeutige Position. Auch wichtige Repräsentanten der PSDB sind gegen eine neuerliche Verfassungsänderung. Innerhalb der PT scheint es eine leichte Mehrheit für eine Abschaffung der Wiederwahl zu geben, nicht zuletzt, weil Präsident Lula damit die Chance hätte, nach einer Pause von einigen Jahren noch einmal antreten zu können. Doch andererseits ist es fraglich, warum die Regierung der PSDB beistehen sollte, ihre internen Konflikte zu regeln. José Serra ist deutlich um ein gutes Verhältnis zu Präsident Lula bemüht. Allerdings hat Aécio Neves bereits in den vergangenen Jahren die Kooperation mit dem Präsidenten gesucht und Lula selbst zum Höhepunkt der politischen Krise vor zwei Jahren nicht kritisiert. Dass Serra die Hilfe des Präsidenten sucht, scheint deutlich. Angeblich soll er sogar bereit sein, für die Unterstützung seiner Präsidentschaftskandidatur durch die PT für einen Kandidaten dieser Partei für das Bürgermeisteramt in São Paulo bei den Kommunalwahlen 2008 zu werben. Die PT allerdings fordere jetzt bereits auch die Unterstützung bei der Wahl des Gouverneurs von São Paulo 2010... Kurz: das sind alles nur Spekulationen, die aber ein wenig die politische Stimmungslage wiedergeben.

Oberstes Bundesgericht überstimmt das Parlament

Parlamentarische Untersuchungskommissionen (CPIs) sind eines der wichtigsten Instrumente der brasilianischen Opposition zur Kontrolle der Regierung. In jeder Legislaturperiode werden zahlreiche CPIs gegründet, die vor allem einen publizistischen oder propagandistischen Zweck erfüllen, indem sie Regierungsmitglieder und Repräsentanten staatlicher oder privater Einrichtungen öffentlichen Verhören unterziehen. Zur politischen Sachauseinandersetzung tragen diese CPIs in der Regel wenig bei und häufig verliert das Publikum bald das Interesse. Da die Regierung meist auf der Anklagebank solcher CPIs sitzt, versuchen alle Regierungen die Einberufung solcher Kommissionen zu verhindern, indem sie Abgeordnete davon "überzeugen" solche Pläne nicht zu unterstützen.

Nach den wiederholten Chaostagen auf den Flughäfen aufgrund der Bummelstreiks der Fluglotsen seit Ende letzten Jahres hatte die Opposition im Senat und in der Abgeordnetenkammer die Einberufung einer CPI des „Luftstillstands“ verlangt. Kammerpräsident Chinaglia hatte dem zwar stattgegeben, doch eine parlamentarische Mehrheit von 308 gegen 141 Abgeordneten hatte am 21. März die Einberufung einer „CPI de Apagão Aereo“ abgelehnt. Die Oppositionsparteien legten gegen dieses Votum beim Obersten Bundesgericht (STF) Beschwerde ein. Am 25. April hat das STF einstimmig entschieden, das Votum der Kammer verletze die verfassungsmäßig garantierten Minderheitenrechte und die Kammer müsse die Untersuchungskommission einrichten.

Das Votum des STF ist nicht deshalb so wichtig, weil die CPI viele neue Erkenntnisse über das Chaos auf den Flugplätzen oder die Neuordnung der Luftüberwachung hervorbringen wird. Das Votum des Gerichts ist deshalb von Bedeutung, weil es die Minderheitenrechte der parlamentarischen Opposition bestätigt. Angesichts der Gleichschaltung von Justiz und Parlamenten in manchen Nachbarländern Brasiliens in Südamerika ist das Votum des STF Ausdruck der Unabhängigkeit der Gerichte und der Funktionsfähigkeit der

checks and balances des brasilianischen Regierungssystems.

Präsident Lula enttäuscht Postenhunger der PT ... und schafft ein weiteres Ministerium

Innerhalb der Arbeiterpartei (PT) gibt es Unzufriedenheit über den Präsident Lula, weil nicht noch mehr Posten in der staatlichen Verwaltung oder öffentlichen Unternehmen mit Parteimitgliedern besetzt werden. Die PT stellt zwar den Staatspräsidenten, die meisten der mittlerweile 36 Minister, den Präsidenten der Abgeordnetenkammer sowie die Inhaber vieler weiterer wichtiger Positionen in Politik und Verwaltung. Doch der Postenhunger ist größer als es der Verteilungsspielraum innerhalb einer Koalition aus 11 Parteien zulässt. Vor allem die Parlamentarier reklamieren ihr „Recht“, noch mehr Personen für bestimmte Ämter vorzuschlagen. Diese Praxis ist Ausdruck des Paternalismus und Klientelismus, der im brasilianischen Regierungssystem noch sehr stark verankert ist.

Präsident Lula will jedoch keinem Druck weichen. Gegenüber Parlamentariern seiner Partei stellte er klar, dass Positionen von den jeweiligen Ministern nach Fachkriterien vergeben werden sollten. Er selbst hat überraschenderweise ein 36. Ministerium geschaffen und den Philosophen Mangabeira Unger, der vor anderthalb Jahren noch zu seinen schärfsten Kritikern gehörte, mit dem „Sekretariat für Langfristige Aktionen“ betraut. In der Kooptation seiner Kritiker ist Präsident Lula ein Meister.

Korruptionsskandal in der Justiz

Im Gegensatz zu manchen Nachbarländern genießt die Justiz in Brasilien tatsächlich ein hohes Maß an Unabhängigkeit. Das wird immer wieder durch Urteile bekräftigt, die den Interessen der Regierung oder wichtigen und mächtigen Interessengruppen widersprechen. Dennoch hat auch das Justizsystem einige problematische Seiten, zu denen u.a. die Langwierigkeit der Verfahren und die immer

wieder feststellbare Privilegierung der wohlhabenderen Gesellschaftsschichten gehört. Wer reich ist und weiss, hat wesentlich größere Chancen einen milden Richter zu finden oder Urteile unendlich hinauszuzögern, bis die Taten verjährt oder vergessen sind, als diejenigen, die arm sind und schwarz. Dennoch genießen Richter ein hohes Ansehen – sowie zahlreiche Privilegien, zu denen u.a. eine im internationalen Vergleich herausragende Bezahlung gehört.

Angesichts des Ansehens und Selbstbewusstseins der Justizangehörigen hat im April eine Aktion der Bundespolizei besondere Aufmerksamkeit erlangt, weil sie Verbindungen zwischen höchsten Repräsentanten der Justiz und dem organisierten Verbrechen aufdeckte. Offensichtlich haben Betreiber von Glücksspielhallen Richter und Urteile gekauft. Selbst ein Mitglied des Obersten Bundesgerichts soll gegen hohe Summen Urteile gefällt haben, die die illegalen Machenschaften der Glücksspielbetreiber förderten.

Während einer Polizeiaktion am 13 April wurden neben etlichen Mitgliedern des Glücksspielgewerbes auch mehrere Richter verhaftet. Die Richter wurden nach einer Woche aus der Untersuchungshaft entlassen, die Glücksspielbetreiber blieben inhaftiert. Offensichtlich spielten bei dieser Entscheidung korporative Interessen eine Rolle.

Das Ansehen der Justiz leidet unter diesem Skandal erheblich. Zugleich zeigt sich aber auch, dass die Bundespolizei entschlossener ist, gegen illegale Machenschaften und Korruption vorzugehen, selbst wenn davon oberste Repräsentanten der gesellschaftlichen Elite betroffen sind. Ob es am Ende tatsächlich zu Verurteilungen kommen wird, bleibt jedoch vorerst noch abzuwarten.

Diskussion über Freigabe der embryonalen Stammzellenforschung und der Abtreibung

Einen anderen Aspekt der brasilianischen Justiz – die ernsthafte Auseinanderset-

zung mit komplizierten wissenschaftlichen und ethischen Fragen – zeigte sich während eines vom Obersten Bundesgericht (STF) anberaumten hearings zur embryonalen Stammzellenforschung. In Brasilien sind bislang Versuche mit Embryonen sowie reproduktives und therapeutisches Klonen verboten. Embryonen dürfen nur zum Zweck der Reproduktion produziert werden. Die Gewinnung von embryonalen Stammzellen ist jedoch dann gestattet, wenn es sich um überzählige Embryonen im Zusammenhang mit künstlicher Befruchtung handelt, die von den Erzeugern gespendet werden. Innerhalb der Wissenschaft gibt es Bestrebungen, diese restriktiven Bestimmungen zu erweitern, um embryonale Stammzellenforschung unter erweiterten Bedingungen zu erlauben. Das STF soll entscheiden, ob dies mit dem von der Verfassung garantierten Lebensschutz übereinstimmt oder nicht. Während des hearings kamen mehr als 30 Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen zu Wort, die sich aus medizinischer, biologischer und ethischer Sicht zu dem Thema äußerten. Begleitet war dieses hearing von einer intensiven Diskussion in den Medien. Das Urteil des STF steht noch aus, doch die Diskussion war ein Beleg für die Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung mit modernen und komplexen gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Fragestellungen.

Ein anderes, aus ethischen Gründen ebenfalls sehr kontroverses Thema wurde im Kontext der Diskussion um die Interpretation des Gesetzes der Biosicherheit aufgeworfen. Der neue Gesundheitsminister Temporão schlug ein Plebiszit zur Freigabe der Abtreibung vor. Brasilien hat, wie praktisch alle lateinamerikanischen Länder mit Ausnahme Kubas und Guyanas, ein restriktives Abtreibungsgesetz. Vom Gesetz her sind Abtreibungen nur erlaubt nach einer Vergewaltigung oder wenn das Leben der Schwangeren bedroht ist. Allerdings gibt es eine hohe Zahl illergaler Abtreibungen, die auf jährlich über eine Million geschätzt wird. Zwar erhob sich sofort Widerspruch gegen den Vorschlag des Ministers, doch es

ist gut möglich, dass das Thema nach dem Papstbesuch im Mai etwas intensiver auf der politischen Agenda behandelt wird. Aufmerksam wurden in Brasilien das Plebiszit in Portugal und die Freigabe der Abtreibung im Bundesdistrikt von Mexiko zur Kenntnis genommen.

Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftsinteressen und Umweltschutz

Brasilien lebt, wie andere Länder auch, ein in einem ständigen Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit eines beschleunigten Wirtschaftswachstums und dem Umweltschutz. Besonders sensibel, nicht zuletzt im Hinblick auf die internationale Öffentlichkeit, ist das Amazonasgebiet. Wegen der kontinuierlichen Vernichtung von Waldflächen stehen das Land und seine Regierung im In- und Ausland unter ständigem Erklärungsnotstand. So hat Präsident Lula beispielsweise zuletzt wiederholt gegenüber ausländischen Besuchern und im Rahmen internationaler Auftritte betont, dass die Ausweitung des Zuckerrohranbaus zur Gewinnung von Biotreibstoffen weder den Anbau von Lebensmitteln (und damit die kleinbäuerlichen Familienbetriebe) belastete noch auf Kosten des tropischen Regenwaldes des Amazonas betrieben werde.

Umweltgruppen halten der Regierung vor, dass sie in den vergangenen Jahren viel zu oft zugunsten der Wirtschaftsinteressen entschieden und Aspekte des Umweltschutzes vernachlässigt habe. Umweltministerin Marina Silva genießt bei Umweltschützern im In- und Ausland zwar hohes Ansehen, doch bei vielen kontroversen Themen musste sie letztlich zurückstecken. Deshalb war es auch einige Zeit ungewiss, ob Präsident Lula die Ministerin in ihrem Amt bestätigen würde. Manchen Organisationen fürchten, Marina Silva werde nur als umweltpolitisches Feigenblatt gebraucht.

Das Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftsinteressen und Umweltschutz wird u.a. im Hinblick auf den Bau zweier Stau-

dammprojekte zur Gewinnung von Wasserenergie am Rio Madeira im Amazonasgebiet deutlich. Angesichts des steigenden Energiebedarfs ist auch ein Ausbau der Wasserkraftwerke geplant. Die Staudämme und Kraftwerke am Rio Madeira sollen nach dem Wunsch wichtiger Regierungsmitglieder möglichst bald fertig gestellt sein. Präsident Lula hat laut kritisiert, dass die Projekte nicht rasch genug vorankämen, weil die dem Umweltministerium unterstehende Umweltbehörde IBAMA zu lange brauche, um ihr Umweltgutachten abzuschließen. Das ist als offene Kritik und öffentlicher Druck gegenüber der gerade bestätigten Ministerin Marina Silva verstanden worden. Diese erklärte zwar, die Prüfung der möglichen Umwelteinflüsse der fraglichen Projekte werde nicht den Wirtschaftsinteressen unterworfen. Allerdings fürchten die Staudammgegner und Umweltschützer, dass IBAMA letztlich die Projekte genehmigen werde.

Bereits beschlossen ist anscheinend, nicht zuletzt wegen dieser aktuellen Kontroverse, eine Schwächung oder gar Auflösung der unbequemen Umweltbehörde IBAMA, die mit ihrer Vetomacht schon wiederholt größere Projekten verzögert oder ganz verhindert hat. IBAMA soll zu einem Konsultativorgan ohne praktische Kompetenzen herabgestuft werden. Der bisherige IBAMA-Präsident scheidet aus und anscheinend wird ein Nachfolger gesucht, der weniger sensibel auf Belange des Umweltschutzes achtet.

Neue Landkarte für den Amazonas?

Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Umweltauflagen hat ein Gesetzesprojekt größere Beachtung gefunden, das Senator Jonas Pinheiro (DEM, früher PFL) im Senat einbrachte und das in der Senatskommission für Regionalentwicklung bereits bewilligt wurde. Das Projekt sieht vor, einige Teile der Bundesländer Mato Grosso, Tocantins und Maranhão aus der offiziellen Amazonasregion (Amazônia Legal) herauszunehmen. Zu diesem offiziellen Amazonasgebiet gehören heute 61% des brasilianischen Territoriums

(5.217.423 km²). Hier gelten besondere Umweltschutzbestimmungen. Beispielsweise dürfen nur maximal 20% dieses Gebietes entwaldet werden.

Mit der Herausnahme dieses Gebietes aus der Amazônia Legal würde die Entwaldung und Ausdehnung der Besiedlung und Anbauflächen von Soja oder Zuckerrohr erleichtert. Das gilt besonders für den Bundesstaat Mato Grosso, der in den letzten Jahren den größten Teil der Entwaldung der Amazonasregion erlebte. Hier wurden mehr als 20% der erlaubten Fläche entwaldet. Eine Neuordnung der Amazônia Legal würde bedeuten, dass in Zukunft nur noch 35% statt bisher 80% der Fläche des Bundeslandes Mato Grosso unter die gesetzlichen Schutzbestimmungen fielen. Umweltministerium und einzelne Umweltgruppen haben dieses Gesetzesprojekt zwar kritisiert, doch ist es möglich, dass das Vorhaben im Parlament weiter betrieben wird.

„Roter April“ der Landlosenbewegung

Zur Erinnerung an ein Massaker an Landlosen im April 1996 im Bundesstaat Pará ist die Bewegung der Landlosen MST im Monat April besonders aktiv. So gab es auch in diesem Jahr wiederum zahlreiche Besetzungen von Landgütern und von Behördensitzen in verschiedenen Städten des Landes, die an den ungelösten und wohl auch nur schwer zu lösenden Landkonflikt in Brasilien erinnern. Ursache ist vordergründig die ungleiche Verteilung der Landbesitztitel und die hohe Zahl von arbeits- und landlosen Landarbeitern. Nach dem letzten Agrarzensus von vor ca. 10 Jahren besaßen nur ein Prozent der Bevölkerung fast die Hälfte der gesamten Landfläche. Mit den Landbesetzungen soll die staatliche Agrarreform angetrieben werden. Zwar haben seit 1995 ca. 900.000 Familien (ca. 4 bis 5 Millionen Menschen) Besitztitel erhalten, davon ca. 380.000 Familien während der ersten Amtszeit von Präsident Lula, doch Schätzungen gehen davon aus, dass noch weitere etwa 5 Millionen Familien auf Landzuweisungen warten.

Der Landkonflikt hat seit mehreren Jahren eine politische Dimension, die über den ursprünglichen Anspruch einer gerechteren Landverteilung hinausgeht. Im Mittelpunkt der Aktionen der MST steht der Kampf gegen die Agroindustrie, moderne Anbaumethoden, u.a. durch den Einsatz genetisch veränderten Saatgutes, sowie die Ausweitung der Anbauflächen für Zuckerrohr und Soja. Dem hält die Bewegung das Ideal des kleinbäuerlichen Familienbetriebes entgegen, der in Genossenschaften zusammengeschlossen ist und umweltverträgliche Anbaumethoden einsetzt. Der Verwirklichung dieses Ideals stehen aber gewichtige Elemente entgegen:

- Landverteilung und die staatlichen Zuwendungen als Starthilfe helfen vielen Landarbeitern nur bedingt, weil sie entweder nicht ausgebildet oder einfach auch nicht bereit, sich den Lebensunterhalt auf der eigenen Scholle zu verdienen, so dass sie weiterhin das Marschieren mit der MST vorziehen;

- die Masse des unproduktiven, nicht genutzten Landes geht zurück;

- die moderne brasilianische Landwirtschaft braucht gut ausgebildete Techniker und verhältnismäßig weniger Arbeitskräfte;

- der Großanbau der Agroindustrie ist der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes, der die höchsten Exportanteile erwirtschaftet. Es ist nicht erkennbar, wie eine Umstellung auf kleinbäuerliche Familienbetriebe das Potential der Agroindustrie ersetzen könnte.

Mit der modernen Landwirtschaft lässt sich zwar viel Geld verdienen, doch die Ungleichheit der Einkommen und Einkommensverteilung wird damit nicht überwunden. Jüngere Untersuchungen und Veröffentlichungen über die Einkommen und Arbeitsbedingungen in den Gemeinden, die besonders stark vom Boom der Zuckerrohrproduktion profitieren, dem Basisprodukt von Ethanol, zeigen, dass die 10% wohlhabendsten Gemeindegan-

gehörigen in der Regel deutlich höhere Verdienstzuwächse haben als die 40% ärmsten Gemeindemitglieder, dass die Ungleichheit somit eher zunimmt. Reportagen schildern die schwierigen, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, denen viele Landarbeiter bei der Zuckerrohrernte ausgesetzt sind.

Der Landkonflikt wird wohl bis auf weiteres die Entwicklung in den ländlichen Regionen Brasiliens begleiten und das MST wird gewiss auch weiterhin versuchen, die öffentliche Aufmerksamkeit durch spektakuläre Aktionen im städtischen Umfeld zu gewinnen. Eine Lösung des Konflikts ist vorerst nicht in Sicht.

Höheres Wachstum, höherer Mindestlohn, mehr Importe

Nach neuesten Schätzungen wird das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr höher ausfallen als ursprünglich erwartet. Voraussichtlich werden mehr als 4% Wachstum erreicht. Das wird sich nach den Erwartungen von Wirtschaftskreisen auch positiv auf die Beschäftigung auswirken. Diese günstigen Wachstumsprognosen sind Ausdruck der weiteren Konsolidierung Brasiliens als die zentrale süd-amerikanische Volkswirtschaft.

Die günstige Wirtschaftsentwicklung beschert dem Staat zunehmende Steuereinnahmen und erlaubt zusätzliche Verteilungsmaßnahmen. Dazu gehört u.a. die Anhebung des Mindestlohns um 8.57 % von 350,- auf 380,- Reais ab 1. April 2007 (= ca. 140 Euro). Vor allem die unteren Einkommensschichten profitieren von Einkommenszugewinnen, die viele Menschen der Regierung und vor allem dem Präsidenten zuschreiben, dessen Popularität darunter nicht leidet.

Höheres Einkommen führt zu mehr Konsum und viele Menschen können sich erstmals Dinge leisten, die lange Zeit unerreichbar schienen. Problematisch dabei ist allerdings die Zunahme der Importe, die in diesem Jahr erstmals die Grenze von 100 Milliarden Euro (ca. 40 Milliarden

Euro) überschreiten werden. Das ist Folge der hohen Bewertung der Landeswährung Real gegenüber dem US-Dollar. Zwar erfreuen sich viele Brasilianer des damit verbundenen billigeren Zugriffs auf bislang nur schwer erreichbare Konsumgüter. Im Straßenverkehr sieht man neuerdings auch mehr und mehr größere importierte Geländewagen. Doch die Kehrseite dieses Import- und Konsumschubes ist der Produktionsrückgang in der eigenen Konsumgüterindustrie. China spielt als Herkunftsland der neuen Importwelle eine besondere Rolle und es gibt bereits zahlreiche brasilianische Firmen, die ihre Produktion ins Reich der Mitte verlagert haben. Für den einheimischen Arbeitsmarkt ist das ein Nachteil.

Der Importschub wirft ein Licht auf einige strukturelle Probleme Brasiliens. Dazu gehört einerseits die hohe Steuerbelastung für brasilianische Unternehmen durch den Bund und die Länder, die Bürokratie sowie die Defizite in der Infrastruktur, die die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Industrie auf dem nationalen Markt, vor allem aber auch auf dem internationalen Markt behindern. Andererseits hat die Regierung in den vergangenen Jahren praktisch darauf verzichtet, günstigere Markt Zugangsbedingungen auf den wichtigen Märkten Europas und der USA durch den Abschluss von Handelsabkommen voranzutreiben. Stattdessen wurde eine Süd-Süd-Schiene verfolgt, auf der praktisch keine konkreten Ergebnisse oder Vorteile für das Land erreicht wurden. Die brasilianische Konkurrenz ist dadurch auf den Drittmärkten wettbewerbsfähiger geworden. Die Versäumnisse der vergangenen Jahre werden zwar jetzt anscheinend etwas deutlicher wahrgenommen, doch wird es schwierig sein, im Bereich der Steuer- oder Sozialversicherungsreform kurzfristig gegen zusteuern.

Der Rentenversicherung notierte im 1. Trimester 2007 ein Defizit in Höhe von 4,691 Milliarden Reais (1,7 Mrd. Euro). Das sind 73,8% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bis Jahresende rechnet die Regierung mit einem Defizit in

Höhe von 45,8 Mrd Reais (16 Mrd. Euro), das sind 1,5 Milliarden weniger als zunächst erwartet. Aufgrund der günstigen Beschäftigungslage ergeben sich zusätzliche Beitragszahlungen. Allerdings bleibt das Defizit der Rentenversicherung eine zentrale Belastung für den Staatshaushalt..